

## Handel, Rohstoffe und Menschenrechte

### Bericht zur Studienreise

#### „Die europäische Handels-, Investitions-, Rohstoff- und Menschenrechtspolitik und ihre Auswirkungen auf Drittländer“ vom 24. – 27. Juni 2018 in Brüssel



1. Einleitung
2. Programm
3. Teilnehmende und Gesprächspartner\*innen
4. Berichte
5. Ergebnisse und Ausblick

#### 1. Einleitung

Vom 24.-27. Juni 2018 nahmen 33 haupt- und ehrenamtliche Engagierte aus der entwicklungs-politischen Bildungsarbeit und zivilgesellschaftlichen sowie kirchlichen Organisationen an einer Studienfahrt zur europäischen Handels-, Investitions-, Rohstoff- und Menschenrechtspolitik teil. In Gesprächen mit Vertreter\*innen aus politischen Institutionen und Zivilgesellschaft erlangten sie Einblicke hinter die Kulissen der Brüsseler Politik und diskutierten über aktuelle politische Prozesse wie etwa die EU-Konfliktrohstoffrichtlinie, die Verhandlungen zu einem UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, über die Auswirkungen der EU-Handelsabkommen mit afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, die Stärkung menschenrechtlicher Verantwortung von Unternehmen und den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen. Teil der Gruppe waren Expert\*innen aus Guatemala, Nicaragua und Südafrika, die sich in Zivilgesellschaft und Kirche gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Rohstoffabbau engagieren. So konnte die Gruppe immer wieder auch konkrete, mit europäischer Politik in Verbindung stehende Herausforderungen und Problemlagen in Ländern des globalen Südens in die Gespräche einbringen und dem Anliegen europäischer Handelsbeziehungen im Dienste des Menschen Ausdruck verleihen.

Organisiert wurde die Studienfahrt vom Europa Zentrum Baden-Württemberg, gemeinsam mit der Ökumenischen Koordination der Kirchen in Baden-Württemberg, Eine Welt Regionalpromotor Stuttgart/ Colibri e.V., Katholische Arbeiterbewegung KAB, dem Netzwerk der Handy-Aktionen und den in diesem Netzwerk engagierten Organisationen.

Die Gruppe bedankt sich herzlich bei allen Gesprächspartner\*innen (siehe Punkt 3) für ihre Bereitschaft zum Dialog sowie bei allen Institutionen, die die Gruppe gastfreundlich in ihren Räumen aufgenommen haben, insbesondere bei den Landesvertretungen NRWs und Baden-Württembergs sowie dem Brüsseler Büro der EKD.

## **2. Programm**

### **24. Juni 2018**

Anreise

17:30 Gemeinsamer Aufbruch zum Abendessen

anschließend Einführung in das Programm durch die Seminarleitung, Vorstellung der internationalen Expert\*innen und ihrer Arbeit sowie Vorstellung der Teilnehmenden und ihrer Organisationen im Hotel

### **25. Juni 2018**

*Europabüro der baden-württembergischen Kommunen*

10:00 – 10:30 Begrüßung durch Gert Jauernig, Landesvertretung Baden-Württemberg

10:30 – 11:15 Einführung in den aktuellen Stand der EU-Konfliktrohstoffregulierung und des UN Treaty Prozess mit Diskussion mit Stefan Reinhold/CIDSE

Moderation: Eva-Maria Reinwald, SÜDWIND e.V.

11:30 – 12:15 Regionale Schwerpunktgruppen

Gruppe 1: Schwerpunkt Lateinamerika: Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffabbau, Bedrohung und Schutz der Zivilgesellschaft

mit Anabella Sibrián/ Plataforma Internacional contra la Impunidad und Stefan Reinhold/CIDSE

Moderation: Johanna Schäfer, Amt für MÖWe

*Ort: im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen*

Gruppe 2: Schwerpunkt Afrika: Wirtschaftsabkommen EU-Afrika/EPAs

mit Ji Gutierrez, Africa Europe Faith & Justice Network

Moderation: Gisela Voltz, Mission Eine Welt

*Ort: Büro des Africa Europe Faith & Justice Network*

12:30 Mittagspause

13:30 Treffpunkt vor dem EU-Parlament

14:00 – 15:30 Gespräche im EU Parlament zur EU Handels- und Investitionspolitik

mit Helmut Scholz, MdEP, GUE und Jan Michael Bloss, Mitarbeiter von Ska Keller, MdEP, Greens

Moderation: Peter Niedergesäss, KAB

*Ort: Europäisches Parlament*

15:30 – 17:00 Gespräch mit Gaby Küppers, Fachberaterin der Europäischen Grünen zu Auswirkungen Europäischer Handelspolitik in Lateinamerika

*Ort: Büro der EKD*

17:30 – 18:00 Auswertung des Tages

### **26. Juni 2018**

9:00 – 11:00 Besuch und Gespräch im EU Rat

mit Judith Meinel, Rat der EU

11:30 – 13:00 Gespräche in der EU-Kommission

Gruppe 1: Schwerpunkt EU-Handelspolitik mit Lateinamerika

mit Matthias Jorgensen, Referatsleiter DG Trade Lateinamerika

Gruppe 2: Schwerpunkt EU-Handelspolitik mit Afrika

mit Remco Vahl, Senior expert, DG Trade EPAs Africa, Caribbean, Pacific

Ort: EU-Kommission

13:00 Mittagspause

14:00 – 18:00 Besuch und Gespräche in der NRW-Landesvertretung

14:00 – 15:30 Auswirkungen der EU-Handelsstrategie

Vortrag von und Gespräch mit Marc Maes/11.11.11

Moderation: Ina Rubbert, Europa Zentrum

15:30 Die menschenrechtliche Verantwortung der EU im Rohstoffabbau und Welthandel

Gespräch mit Arne Lietz, MdEP, S&D und Elmar Brok, MdEP, EVP

Moderation: Eva-Maria Reinwald, SÜDWIND e.V., und Johanna Schäfer, Amt für MÖWe

17:00 – 18:00 Auswertung des Tages

### **27. Juni 2018**

9:00 – 10:30 Besuch und Gespräch in der Botschaft von Bolivien (für einen Teil der Gruppe)

11:00 – 12:00 Gespräch zur entwicklungspolitischen Lobbyarbeit mit Michael Hansmann, Brot für die Welt, in den Räumen der EKD

Moderation: Ralf Häussler, ZEB

13:00 Abschlussevaluation und strategischer Ausblick

13:30 Mittagspause und anschließende Rückfahrt

## **3. Teilnehmende und Gesprächspartner\*innen**

### **3.1 Teilnehmende**

Die Gruppe der Teilnehmenden aus Deutschland umfasste haupt- wie ehrenamtlich Engagierte aus kirchlichen Einrichtungen, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, aus Weltläden und Bildungsinitiativen sowie freiberufliche Bildungsreferent\*innen.

Viele der Teilnehmenden sind in den Handyaktionen in verschiedenen Bundesländern engagiert und konnten sich über die Reise zu aktuellen, auch mit den Rohstoffen in Mobiltelefonen verbundenen politischen Prozessen qualifizieren und diese in zukünftige Bildungsvorhaben einbringen.

Teil der Gruppe waren auch Expert\*innen aus Guatemala, Nicaragua und Südafrika, die in Zivilgesellschaft und Kirche gegen Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffabbau engagiert sind:

- José Pilar Cabrera, in der Menschenrechtsarbeit engagierter Pfarrer, Guatemala
- Sergio Rios Carilo, Mission Eine Welt, aus Nicaragua
- Omar Jeronimo, Ch'orti Campesino Central Nuevo Día in Chiquimula, Guatemala
- Dr. Claude Kabemba, Southern Africa Resource Watch, Südafrika
- Reyna Mateo Pedro, Menschenrechtsverteidigerin des Maya Volkes Q'anjobal, Guatemala
- Anabella Sibrián, Plataforma Internacional contra la Impunidad, Guatemala

### **3.2 Gesprächspartner\*innen aus Brüsseler Politik und Zivilgesellschaft**

- Camila Isabel Barrientos Ascarrunz, Wirtschaftsbeauftragte, Bolivianische Botschaft
- Nestor Gabriele Bellavite Terceros, Botschafter, Bolivianische Botschaft
- Jan Michael Bloss, Mitarbeiter von MdEP Ska Keller, European Green Party
- Elmar Brok, MdEP, European People's Party
- José Luis Gutiérrez Aranda, Politischer Referent für Handel, Africa Europe Faith & Justice Network
- Michael Hansmann, Repräsentant des EU-Büros, Brot für die Welt
- Gert Jauernig, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Landesvertretung Baden-Württemberg
- Matthias Jorgensen, Referatsleiter Lateinamerika der DG Trade, Europäische Kommission
- Gaby Küppers, Fachberaterin auswärtige Wirtschaftsangelegenheiten – WTO, Die Grünen – Europäische Freie Allianz
- Arne Lietz, MdEP, Progressive Alliance of Socialists & Democrats
- Marc Maes, Referent für Handelspolitik, 11.11.11.
- Judith Meinel, Teamleiterin Besucher und Veranstaltungen, Rat der Europäischen Union
- Stefan Reinhold, Referent für Unternehmensverantwortung und Rohstoffe, CIDSE
- Helmut Scholz, MdEP, European United Left - Nordic Green Left
- Maria Tomasik, Pressesprecherin für Handel und Entwicklungspolitik, Generalsekretariat des Rates der EU
- Remco Vahl, Senior-Experte für Afrika, Karibik, Pazifik der DG Trade, Europäische Kommission

## 4. Berichte

### Tag 1: 24.06.2018

Der erste Abend der Studienfahrt bot der aus vielfältigen Orten und Engagement-Kontexten stammenden Gruppe Gelegenheit zum Kennenlernen und thematischem Einstieg. Nach einem gemeinsamen Abendessen starteten wir in Programmvorstellung und Vorstellungsrunde. In Kurzpräsentationen stellten unsere internationalen Mitreisenden ihre Arbeit und Herausforderungen des Rohstoffabbaus in Nicaragua, Guatemala und auf dem afrikanischen Kontinent vor. Deutlich wurden dabei nicht nur die Vielfalt der mit dem Abbau von Rohstoffen verbundenen Herausforderungen, sondern auch die geballte Expertise und die unterschiedlichen Erfahrungsschätze, mit der die internationalen Gäste die unterschiedlichen Gespräche im Reiseprogramm würden bereichern können.



### Tag 2: 25.06.2018



und stellte die Arbeit des Europabüros, sowie der Landesvertretung von Baden-Württemberg vor.

Am ersten Vormittag der Reise galt es, sich inhaltlich zu aktuellen politischen Prozessen näher zu informieren und daraus auch kritische Punkte zu generieren, die in die späteren Gespräche mit politischen Vertreter\*innen einfließen konnten. Gelegenheit hierzu hatten wir im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in der Rue Guimard. Gert Jauernig von der Landesvertretung Baden-Württemberg begrüßte die Gruppe



Danach erhielt die Reisegruppe eine Einführung von Stefan Reinhold vom katholischen entwicklungspolitischen Dachverband CIDSE in den aktuellen Stand der EU-Konfliktrohstoffrichtlinie und den Prozess zu einem verbindlichen UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Er machte die Gruppe so mit Begriffen wie 3TG's, Sorgfaltspflichten und UN Binding Treaty vertraut. Seine Ausführungen verdeutlichten, wie mühsam es war und ist, verbindliche Regeln im Schutz der Menschen-



rechte in der EU zu erlangen. Zugleich stellte er ermutigend fest, dass die erzielten Erfolge ohne das Engagement und den Druck der Zivilgesellschaft gar nicht möglich gewesen wären. Und zahlreiche Baustellen für nötigen Druck bleiben: So bringt sich die EU bislang nur mit großer Skepsis in die Sitzungen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zu einem UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten ein und bei der EU-Konfliktrohstoffrichtlinie bleibt bisher beispielsweise die Frage offen, wie Konflikte und Menschenrechtsverletzungen im Abbau jener Rohstoffe angegangen werden sollen, die nicht von der Richtlinie betroffen sind.





Im Anschluss teilte sich die Gruppe nach Interessengebieten Lateinamerika und Afrika auf: ein Teil der Gruppe blieb mit dem Schwerpunkt Lateinamerika im Europabüro der baden-württembergischen Kommunen. Hier berichtete Anabella Sibrián, die sich in Guatemala als Direktorin der NGO Plataforma Internacional contra la Impunidad für die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffabbau und den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen einsetzt, über die Erfahrungen jener, die sich in Guatemala gegen Menschenrechtsverletzungen

im Rohstoffabbau engagieren. Systematisch sei es in den vergangenen Jahren zu einer Einschränkung der Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft gekommen. Gleichzeitig blieben viele Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen des Rohstoffabbaus ungesühnt, etwa dort, wo der Zugang zu sauberem Trinkwasser für die lokale Bevölkerung eingeschränkt wird. Die Bundesregierung und die EU könnten zu einer Verbesserung beitragen, indem sie beispielsweise UN-geförderte Initiativen zur Stärkung nationaler Rechtssysteme wie die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala fördern und bei eigenen Entwicklungsprojekten die Rechte und Anliegen indigener Minderheiten besonders berücksichtigen.

Der andere Teil der Gruppe begab sich in die 174, Rue Joseph II zum Africa Europe Faith & Justice Network und hörte eine Präsentation des Handelsreferenten des Netzwerks, Ji Gutierrez, deren Schwerpunkt auf den Handelsabkommen der EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (EPAs) liegt. Der Experte analysierte die Einflüsse der EU-Politik auf die afrikanischen Staaten, auch unter dem Gesichtspunkt von Rohstoffkonflikten und gab der Teilgruppe eine intensive Einführung in die EPAs und ihrer Konsequenzen, die Grundlage für die anschließende Diskussion mit dem Experten waren.



Nach einer kurzen Mittagspause traf die Gruppe sich zu Gesprächen im EU-Parlament wieder. Die Gesprächspartner zum Thema EU Handels-



und Investitionspolitik waren Helmut Scholz, der Europaabgeordnete der Partei Die Linke, welcher dem Ausschuss für Handelspolitik angehört, und ein Mitarbeiter von Ska Keller (MdEP, Greens), Michael Bloss zu Handelsfragen.

Helmut Scholz führte die Gruppe in Grundzüge der aktuellen Handelsstrategie der EU („Trade for all“) und die damit verbundenen zahlreichen geplanten regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen ein. Michael Bloss ergänzte die Ausführung mit besonderer Betonung der ökologischen Herausforderungen der Globalisierung und der Notwendigkeit verbesserter Regulierung von Produktionsketten. Besonderer Interessenschwerpunkt der Gruppe in der nachfolgenden Diskussion lag auf den EPAs sowie in der Frage der EU-Beteiligung am diskutierten UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Der Treaty-Prozess, so Scholz, sein ein wichtiger Gradmesser für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um eine gerechte Globalisierung. Zu den EPAs wurde u.a. die Frage diskutiert, welche Rolle die An-

liegen der Zivilgesellschaft für die EU-Kommission in den Verhandlungen spielen. Auf die Frage von Dr. Claude Kabemba, wie afrikanische Staaten ihre Position in handelspolitischen Verhandlungen stärken und Interessen ihrer Bevölkerung besser durchsetzen können, betonten unsere politischen Dialogpartner die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und gemeinsamen Positionierung der afrikanischen Staaten.



Im Anschluss machte sich die Gruppe auf den Weg in die Räumlichkeiten der EKD zu einem Gespräch mit Gaby Küppers, Beraterin der Grünen im Ausschuss für Internationalen Handel mit dem Schwerpunkt EU-Lateinamerika. Gaby Küppers schilderte, wie Handelsbeziehungen mit den lateinamerikanischen Staaten häufig mit schwerwiegenden ökologischen Problemen wie Wasserknappheit und der Förderung von Monokulturen in diesen Staaten verbunden sind. „Wer Spargel aus Peru kauft, importiert Wasser aus Peru“, gab sie zu bedenken.

Die EU richte ihre Handelspolitik an der Annahme aus, dass durch die Förderung ausländischer Investitionen auch die inländische Wirtschaft gestärkt werde und Wertschöpfung im Land, z.B. durch Weiterverarbeitung von Rohstoffen, generiert werden könne. Aufgrund fehlender Kontrollen und Sanktionen sei aber nicht sichergestellt, dass bei ausländischen Investitionen Menschenrechte eingehalten und Wohlstand gefördert werde. Teils würden einfach bestehende Unternehmen durch ausländische ersetzt. Zudem seien unter dem Druck der Handelsliberalisierung innerhalb der lateinamerikanischen Staaten ungerechte Steuersysteme entstanden, Privatisierung sei vorangetrieben worden und Ungleichheit sei gewachsen. Wichtig für ein Überwinden der Machtungleichgewichte in der Handelspolitik sei, dass Staaten des Globalen Südens sich die Freiheit bewahren, Gesetze und Steuern zu ihren Gunsten einzuführen.



### **3. Tag: 26. Juni 2018**

Am Morgen des 26. Juni 2018 machte sich die Gruppe auf den Weg in den Rat der Europäischen Union zu einem Treffen mit Maria Tomasik, der Pressesprecherin für Handel und Entwicklungspolitik im Generalsekretariat des Rates der EU. Sie erklärte die Arbeitsweise des Rates und ging näher auf die Handelspolitik als ausschließliche/alleinige Kompetenz der EU ein. Auf die Frage, warum die EU nicht stärker auf multilaterale Prozesse im Rahmen der WTO denn auf bilaterale Handelsabkommen setze, erläuterte sie aktuelle Herausforderungen der Welthandelsorganisation: die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer, das Scheitern des letzten Treffens der WTO-Staaten in Buenos Aires und eine aktuelle Blockadehaltung der USA. In einer Diskussion mit der Gruppe um die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten in Rohstoffabkommen und den EPAs und Machtungleichgewichte in den Verhandlungen betonte Frau Tomasik, dass bilaterale Abkommen immer die Zustimmung beider Partner voraussetze und somit verantwortungsvolles Handeln gegeben sei.





Das Thema Handelspolitik stand auch im Fokus des anschließenden Besuchs der Gruppe in der Europäischen Kommission, diesmal wieder nach regionalem Interessenschwerpunkt: der Teil der Gruppe mit Interessenschwerpunkt Lateinamerika trat ins Gespräch mit Matthias Jorgensen, dem Referatsleiter der DG Handel Lateinamerika, und mehreren seiner Kollegen. Der andere Teil der Gruppe traf auf Remco Vahl, Senior-Experte für Afrika, Karibik, Pazifik der DG Handel. Die Ausführungen der Kommissionsvertreter waren geprägt

von der Überzeugung, dass die EU mit ihrer handelspolitischen Strategie auf gemeinsame und faire Aushandlungsprozesse setze und zum Wohle aller Handelspartner agiere. Im Gespräch mit Matthias Jorgensen konfrontierten unsere Teilnehmer\*innen aus Guatemala und Nicaragua diese Sichtweise mit bestehenden Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffsektor, die aufzeigen, dass verstärkter Rohstoffexport in die EU oft mit Raubbau und problematischen Konsequenzen für die Regionen des Abbaus verbunden ist. Im Gespräch wurde deutlich, dass die Achtung menschenrechtlicher Belange in handelspolitischen Fragen in der Praxis der Verhandlungen und Mechanismen der Abkommen ebenso wie im Bewusstsein der Verhandler\*innen bislang wenig verankert ist. Auch in der Gruppe mit Schwerpunkt Afrika wurde hier mit Blick auf die EPAs kontrovers und inhaltlich fundiert diskutiert, etwa über Handlungsspielräume afrikanischer Staaten in ihrer Möglichkeit, eigene Märkte zu schützen, um Wertschöpfung im Land aufzubauen, oder über die Frage wie menschenrechtliche Standards bei Investitionen europäischer Unternehmen in afrikanischen Staaten gesichert werden können.



Danach ging es für die Gruppe weiter in die Landesvertretung Nordrhein-Westfalens zu Gesprächen mit Marc Maes vom belgischen entwicklungspolitischen Netzwerk 11.11.11. sowie im Anschluss mit den Europaabgeordneten Arne Lietz (SPD) und Elmar Brok (CDU). Marc Maes gab Einblicke in das langjährige Engagement des NGO-Netzwerks zu handelspolitischen Fragen. Die Beobachtungen weltweiter Handelspolitik zeigten, dass der Freihandel zwar ein Instrument sei, um Wohlstand zu generieren, nicht aber

um diesen gerecht zu verteilen. Die Intransparenz handelspolitischer Verhandlungen und der mangelnde Zugang zu Informationen seien jedoch große Hindernisse für die Zivilgesellschaft, um im Sinne einer gerechteren Verteilung des Wohlstands, von Armutsbekämpfung und der Einhaltung der Menschenrechte, auf Handelspolitik Einfluss zu nehmen. Das Einfordern von Transparenz und demokratischer Kontrolle in der EU-Handelspolitik bleibe eine wichtige Aufgabe für die Zukunft.

Im anschließenden Gespräch mit Arne Lietz und Elmar Brok stand u.a. die Frage im Vordergrund, wie die EU fördern kann, dass europäische Unternehmen die Menschenrechte in ihren Lieferketten und Auslandsgeschäften achten.

Lietz betonte, dass diese Aufgabe auch im Sinne der Agenda 2030 (SDG 8 und 12) relevant sei. Sektorbezogene Initiativen, wie sie in Ansätzen im Textilbereich vorhanden sind, könnten Vorbild auch für andere Branchen sein. Wichtig sei auch die Stärkung



re-





gewerkschaftlichen Engagements in den Produktionsländern. Auch Engagement von EU-Kommunen in Fragen der öffentlichen Beschaffung könne einen Beitrag zur Veränderung leisten. Auf die EU-Regelungen zu Konfliktrohstoffen ging Elmar Brok näher ein: Zwar seien sicher nicht alle Forderungen der Zivilgesellschaft aufgenommen worden, doch könne man bei der Vielzahl der Interessen in den Trilog-Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission, es als großen Fortschritt bewerten, dass man sich überhaupt auf eine verbindliche Form der Regelung habe einigen können. Brok gab jedoch zu bedenken, dass die Konfliktrohstoffrichtlinie die Probleme in Ländern wie der DR Kongo nicht allein lösen könne. Ein schwacher Staat und illegale Geldtransfers stünden einer Befriedung des Landes und einem Rohstoffabbau, der den Menschen zu Gute kommt, im Wege. Daher solle die EU entwicklungspolitisch auch die Stärkung lokaler Governance-Strukturen in den Fokus nehmen.

#### **Tag 4: 27. Juni 2018**

Am Morgen des 27. Junis 2018 gab es für einen Teil der Gruppe die Möglichkeit, die bolivianische Botschaft in Brüssel zu besuchen. Der Botschafter Nestor Gabriele Bellavite Terceros, und die Wirtschaftsbeauftragte Camila Isabel Barrientos Ascarrunz empfingen die Gruppe zum Gespräch. Bolivien, so Bellavite Terceros, verstehe sich als Unterstützer der weltweiten indigenen Bewegung. Im Gespräch über die Handelspolitik Boliviens mit der EU erläuterten Botschafter und Wirtschaftsbeauftragte die ablehnende Haltung Boliviens gegenüber einem möglichen Freihandelsabkommen: Zu groß sei die Gefahr, dass in der EU subventionierte Produkte heimische Märkte schädigen und damit dem Wachstum kleiner und mittelständischer Betriebe im Wege stehen.



Die Gesamtreisegruppe traf anschließend erneut in den Räumen der EKD zusammen, wo Michael Hansmann von Brot für die Welt sie empfing. Er führte die Gruppe in die Vielfalt der Lobbyaktivitäten der entwicklungspolitischen Organisation in Brüssel ein. Durch fachliche Expertise und ein faires Vorgehen sei Brot für die Welt geschätzter Dialogpartner für Politiker\*innen aus verschiedenen Fraktionen und Institutionen. Dem Machtungleichgewicht, das dadurch entstehe, dass in Brüssel auf eine NGO etwa 100 Lobbyisten aus der Wirtschaft kommen,

können, könne auf diese Weise ein wenig entgegengewirkt werden. Mit Sorge betrachtet Michael Hansmann den Rechtsruck in der Europäischen Union, der auch zu einer Einschränkung der Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft führen könne. Hansmann bestätigte den Eindruck der Reisegruppe, dass für viele Parlamentarier\*innen und Institutionen in der EU die Agenda 2030 wenig präsent und keine handlungsleitende Maxime sei. Damit die SDG stärker ins Bewusstsein gelangen, müsse Zivilgesellschaft diese immer wieder bei Regierungen und in den Herkunftsstaaten und Wahlkreisen der Parlamentarier\*innen an verschiedenen Stellen in Dialoge einbringen und Öffentlichkeit schaffen.

An diesem Punkt setzte dann auch die abschließende Auswertungs- und Planungsrunde der Gruppe an: Wie können wir in unseren Arbeits- und Engagementkontexten mit darauf hinwirken, dass Handels-, Rohstoff- und Menschenrechtspolitik der EU sich stärker im Dienste der Menschen gestaltet?



## 5. Ausblick



Das Kennenlernen der unterschiedlichen EU-Akteure und Institutionen, die Vielfalt der in der Studienfahrt angesprochenen Themen und politischen Prozesse ebenso wie der im Austausch hervorgekommene Erfahrungsschatz der Teilnehmenden selbst boten vielfältige Anknüpfungspunkte für die Ideensammlung zu zukünftigem Engagement. Viele der Multiplikator\*innen möchten die EU-politischen Prozesse stärker in ihre Bildungsarbeit – etwa im Rahmen der Handyaktionen – einfließen lassen. Auch Ideen für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu den auf der Studienfahrt behandelten Themen sind entstanden. Des Weiteren möchte die Gruppe zukünftig mehr mit EU-Abgeordneten in Kontakt treten und Gespräche führen. Besonderen Anlass dazu bieten die im Mai 2019 anstehenden EU-Wahlen. In Veranstaltungen mit Kandidat\*innen zu den Wahlen planen die Teilnehmenden, Fragen der EU-Handels-, Rohstoff- und Menschenrechtspolitik auf die Agenda zu setzen und dabei möglichst auch Öffentlichkeit für diese Themen zu erzielen.

Themen, welche die Gruppe als wichtig zur Weiterverfolgung durch die Zivilgesellschaft identifiziert hat, waren z.B.:

- auf eine konstruktive Teilnahme der EU an den Verhandlungen zum UN-Treaty hinwirken und diesen Prozess bekannter machen (#bindingtreaty)
- sich für nationale und EU-weite verbindliche Regelungen zur menschenrechtlichen Sorgfalt von Unternehmen einsetzen
- sich immer wieder solidarisch mit Menschenrechtsverteidiger\*innen und von Rohstoffabbau betroffenen (indigenen) Gemeinschaften zeigen und ihre Situation öffentlich machen
- die Umsetzung der EU-Konfliktrohstoffrichtlinie verfolgen und auf eine wirkungsstarke Implementierung achten
- die Entwicklungen bei Handelspartnern der EU (v.a. mit Blick auf die EPAs) beobachten und ggf. mit Petitionen auf eine fairere und transparentere EU-Handelspolitik hinwirken

Klar ist: In die Gestaltung wichtiger Zukunftsfragen durch Europa wollen sich die Teilnehmenden teils weiter und verstärkt und teils auch ganz neu einmischen.



Bericht: Eva-Maria Reinwald, SÜDWIND e.V.

Bilder: Dirk Johnen, Amt für MÖWe der EKvW, Ralf Häussler, ZEB

*Die Studienfahrt wurde unterstützt durch die Bundeszentrale für politische Bildung - mit Zuschüssen von Landeskirche Baden, Diözese Rottenburg und Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes.*